

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses IV vom 16. März 2022

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 960 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema Wohnraum und Sprachkurse für Flüchtlinge**

Laut einem Artikel des GrenzEchos vom 2.3.22 bereitet sich Ostbelgien auf die Flüchtlingshilfe vor.

Auch Ostbelgien zeigt sich solidarisch und wird Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen.

In einer SF haben wir uns an den Minister gewandt um einige Fragen zu klären, wie wir gemeinsam die Flüchtlingskrise bewältigen können und ob wir in Ostbelgien gut genug aufgestellt sind diese zu meistern.

Daher möchten wir heute in dieser Kontrollsitzung nur auf die sprachlichen Herausforderungen, sowie auf den möglicherweise eingeschränkten Wohnraum in Ostbelgien durch die Flutkatastrophe eingehen.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Können Flüchtlinge direkt in den Integrationsparcours einsteigen oder muss bis zum September gewartet werden, da dieser bisher nur im Februar und September startete?
2. Können genügend Zusatzsprachkurse angeboten werden, die über das verpflichtende A1 bzw. A2 (Dekret 11.12.17 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt) hinausgehen?
3. Wie sieht die Lage in Bezug auf genügend Wohnraum in der DG aus, wissend, dass viele Menschen, die in der Unterstadt wohnten in umliegenden Gemeinden untergebracht wurden?

- **Frage Nr. 961 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu den Erwartungen an (Ost-)Belgien bezüglich der Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingsen**

Die ersten ukrainischen Flüchtlinge werden in naher Zukunft in der DG angekommen. Vielleicht sind sie inzwischen schon hier. Wie im Grenz Echo¹ letzte Woche außerdem zu lesen war, stellt die Deutschsprachige Gemeinschaft sich auf die Ankunft von ca. 1200 Flüchtenden ein. Alle uns vorliegenden Zahlen machten deutlich, dass wir uns in einer ganz

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ <https://www.grenzecho.net/70699/artikel/2022-03-10/bis-zu-1200-kriegsfluechtlinge-werden-fur-ostbelgien-erwartet?referer=%2Farchives%2Fsearch%3Fdatefilter%3Dlastyear%26sort%3Ddate%2Bdesc%26start%3D50%26word%3DUkraine>

anderen Größenordnung befinden als es in der sogenannten Flüchtlings-„Krise“ von 2015 der Fall war. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit seien höher.

Da die ukrainischen Flüchtlinge einen direkten vorübergehenden Schutz in der EU bekommen, überspringen sie den Schritt des Asylantrags und erhalten ähnliche soziale Rechte in Belgien wie EU-Bürger, die zu uns kommen.

Bekannt ist inzwischen auch, dass sich jeder bei seiner Gemeinde melden kann, der eine Unterkunft für Flüchtlinge anbietet. Wir gehen also davon aus, dass auch auf die belgischen Gemeinden logistischer und administrativer Mehraufwand zukommt.

Hierzu haben wir folgende Fragen:

1. Sind die Gemeinden vorbereitet und ausgerüstet durch eine gute Zusammenarbeit mit den Regierungen des Landes?
2. Was wird die DG-Regierung tun, um möglichst viele Hausbesitzer davon zu überzeugen, Flüchtlinge aufzunehmen? Wir denken dabei sowohl an Besitzer einzelner Wohneinheiten wie auch von zurzeit ungenutzten Gebäudekomplexen (ehem. Hotels, Krankenhäusern o. Ä.).
3. Was erwarten Sie von der Bevölkerung?

• **Frage Nr. 962 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den Vorbereitungen auf die Ankunft von Geflüchteten aus der Ukraine**

Seit dem 24. Februar herrscht wieder Krieg auf dem europäischen Kontinent. Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine hat bereits unzählige Opfer gefordert, und an vielen Orten Verwüstung hinterlassen.

Tagtäglich verlassen Tausende Menschen auf der Flucht vor dem Krieg die Ukraine. Es haben sich nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks bereits mindestens 1,5 Millionen Menschen auf den Weg gemacht, und Schätzungen zufolge könnte der Krieg insgesamt 6 – 7 Millionen Menschen aus der Ukraine vertreiben.

Neben den direkten Grenzgebieten zur Ukraine, sind die Ziele der Flüchtenden in ganz Europa verstreut. Auch in Belgien sind bereits zahlreiche Menschen angekommen. Insgesamt rechnet der belgische Föderalstaat mit 100 000 bis 200 000 Personen, darunter hauptsächlich Frauen und Kinder. Es ist zu begrüßen, dass alle 9 DG-Gemeinden dazu bereit sind, diese Menschen bei sich aufzunehmen.

Wie Ministerpräsident Paasch am 9. März 2022 mitteilte, bereitet auch die DG sich in allen relevanten Zuständigkeitsbereichen auf die Ankunft von Flüchtenden vor, um ihnen die best- und schnellstmögliche Integration in das gesellschaftliche Leben der DG zu ermöglichen.

Um diese Integration zu ermöglichen, ist auch die Verständigung ein enorm wichtiger Faktor. Der Integrationsparcours, die Deutschkurse im Speziellen, werden eine zentrale Rolle für die Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt spielen.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Faktor wird auch die Gesundheitsversorgung der Ankommenden sein. Sowohl psychisch als auch physisch, der Krieg und die Flucht werden ihre Spuren hinterlassen haben.

Aber auch andere Dienste werden gefragt sein, soziale Treffpunkte, Lebensmittelbanken, der Übersetzerdienst Traduko und viele mehr.

Meine Fragen an Sie, werter Herr Minister, lauten:

1. Wie genau bereitet man all diese Dienste auf die Ankunft vor?
2. Mit wie vielen Geflüchteten rechnet man in der DG?

• **Frage Nr. 963 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zur Unterstützung der DG für ukrainische Flüchtlinge**

Ich werde gar nicht viele Worte über die aktuelle Lage in der Ukraine verlieren, denn ich denke, es ist Jedem gegenwärtig, was passiert und wie viel menschliches Leid diese Situation verursacht.

Viele Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Hunger. Besonders Frauen und Kinder. Einige ukrainische Flüchtende finden auch – über verschiedene Wege, Kontakte, etc. – ihren Weg nach Ostbelgien.

Meine Fragen dazu sind folgende:

1. Wie viele ukrainische Flüchtende erwartet die DG?
2. Welche Unterstützung bietet die Regierung für diese Menschen und die Ostbelgier, die bereit sind, Menschen aus der Ukraine – auf welche Weise auch immer – zu helfen?

• **Frage Nr. 964 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum kostenlosen WLAN-Zugang in Altenheimen**

Während das Thema Digitalisierung in Verwaltung, Bildung und Wirtschaft ein weitverbreitetes Thema ist, ist unklar, ob und in welchem Maße unsere Senioren in den hiesigen Wohn- und Pflegeheimen heute und in Zukunft einen kostenlosen Zugang zum Internet nutzen können.

Nicht zuletzt die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie sehr Kommunikation und Kontakt zwischen Angehörigen und Bewohnern von Seniorenheimen leiden resp. eingeschränkt sind.

Dazu meine Frage:

1. Besteht in allen Wohn- und Pflegezentren für Senioren in Ostbelgien ein kostenloser und leistungsstarker WLAN-Zugang?
2. Gibt es eventuell Schwierigkeiten?
3. Welcher Art sind diese Schwierigkeiten?

• **Frage Nr. 965 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Maßnahmen zur Sensibilisierung, Aufklärung und Kenntlichmachung von Hilfeangeboten gegen Endometriose**

Endometriose ist eine der häufigsten Unterleibs-Erkrankungen bei Frauen. Die Ursache sind Ansiedlungen von Gewebe, das der Gebärmutterschleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter. Fachleute bezeichnen solche Gewebsinseln auch als „Endometriose-Herde“. Sie können vorkommen, ohne dass eine Frau davon etwas spürt. Bei anderen ist Endometriose aber eine chronische Erkrankung, die starke Schmerzen verursacht und die Fruchtbarkeit mindert. Bis eine Endometriose als Ursache der Beschwerden festgestellt wird, dauert es oft Jahre. Bis dahin versuchen viele Frauen, irgendwie mit ihren Schmerzen zurechtzukommen. Sie glauben, selbst stärkste Schmerzen seien normal und gehörten zur Regelblutung dazu.²

Während in Frankreich ein nationaler Plan gegen Endometriose entwickelt wurde, ist Belgien noch nicht ganz so weit – jedenfalls berichtete darüber unlängst die Inlandspresse.³ Dennoch: Sensibilisierungsmaßnahmen der Provinz Lüttich scheinen das zu widerlegen.⁴

Daher meine Fragen:

1. Welche Sensibilisierungsmaßnahmen, Aufklärungskampagnen und Hilfen zur Endometriose werden in Ostbelgien spezifisch durch die Deutschsprachigen Gemeinschaft angeboten?
2. Arbeiten die zahlreichen belgischen Gesundheitsminister derzeit an einer globalen Planung, dieser Krankheit zu begegnen?

² <https://www.gesundheitsinformation.de/endometriose.html>

³ De Morgen, 22.2.2022, S. 8-9

⁴ <https://www.provincedeliege.be/fr/Endometriose>

• **Frage Nr. 966 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Zulassung zum Arzt- und Zahnarztberuf nach absolvierten Studien**

Die Zulassungsvergabe zum Arzt- resp. Zahnarztberuf erfolgt in Belgien über das Landesinstitut der Kranken- und Invalidenversicherung (Likiv) und ist durch Gesetz geregelt.

Durch einen Gesetzentwurf des föderalen Gesundheitsministers soll nun die Vergaberichtlinie verändert werden.

Dieser Entwurf wird von Studierendenverbänden heftig kritisiert, weil er dazu führe, dass viele Absolventen nach jahrelangem Studium keine Zulassung erhalten würden.

Auch vor dem Hintergrund des Ärzte- resp. Zahnärztemangels im ländlichen Raum sind die Folgen einer weiteren Vergabeeinschränkung umstritten.

Grundlegend und umfassend wurde das Thema zuletzt im Rahmen der Interpellation von R. Nelles (23.10.2017) in unserem Parlament behandelt. Im Anschluss an diese Debatte wurde DG-Regierung u.a. aufgefordert:

- konsequent Maßnahmen zu ergreifen, um den Ärztemangel zu bekämpfen,
- sich bei der Föderalregierung dafür einzusetzen, dass die besonderen Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft berücksichtigt werden,
- das Parlament regelmäßig über erzielte Fortschritte zu informieren.

Vor diesem Hintergrund stelle ich der Regierung folgende Fragen:

1. Welche Bedeutung misst die Regierung diesem Gesetzentwurf hinsichtlich der Folgen für ostbelgische Absolventen eines Medizin- und Zahnmedizinstudiums bei, die nach langen Jahren der Ausbildung womöglich ohne Berufszulassung sein werden und damit nicht zur Verfügung stehen, dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken?
2. Gibt es Annäherungen zwischen Gliedstaaten und Föderalstaat, diesen Gesetzesvorschlag gerade in diesem besonderen Punkt kritisch zu beleuchten?

• **Frage Nr. 967 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Erwerb neuer medizinisch-technischer Geräte für die St. Josef-Klinik in St. Vith und das St. Nikolaus Hospital**

Die Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören auch nach der Netzbildung und trotz immer wieder aufkeimender Gerüchte um Einsparungen und Reformen zu den Standortmerkmalen unserer Region.

In diesem Sinne gehören Investitionen in bauliche und medizinisch-technische Infrastruktur, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft verantwortlich zeichnet, zu strategischen Handlungsfeldern.

Dazu meine Frage:

1. Für welche medizinisch-technischen Geräte (etwa CT, ...) melden die ostbelgischen Kliniken derzeit Bedarf an?
2. Welche dieser Geräte werden bis zum Ende der Legislaturperiode (Mai 2024) für das Eupener St. Nikolaus Hospital und die St. Josef-Klinik St. Vith gekauft?
3. Wann werden diese Geräte einsatzbereit sein?

• **Frage Nr. 968 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Unterstützung der hiesigen Krankenhäuser seitens der DG**

In einer Pressemitteilung teilen Sie, sehr geehrter Herr Minister Antoniadis mit, dass die Krankenhäuser von Eupen und Sankt Vith seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Zuschuss in Höhe von 6,5 Millionen Euro für die Finanzierung des laufenden Krankenhausbetriebes erhalten werden.

Dieses Geld soll - laut Pressemitteilung - nach den in den letzten beiden Jahren der Covid-Krise geschuldeten schweren Verlusten, beide Häuser im Bereich Infrastruktur und Ausstattung unterstützen. Die Klinik Sankt Josef und das Sankt Nikolaus-Hospital hatten für das Jahr 2022 einen gemeinsamen Investitionsplan eingereicht.

Die DG ist nicht zuständig für die Finanzierung des Krankenhausbetriebes und investiert deshalb in die Infrastruktur und Ausrüstung der beiden Häuser. Dies begrüße ich ausdrücklich.

Dazu zählen größere Investitionen wie ein Computertomograph, ein Röntgengerät für das Sankt Nikolaus-Hospital oder ein neun Personen Mini-Bus für die Klinik Sankt Vith. Aber auch kleinere Anschaffungen wie Beatmungsgeräte, Gehwagen, ein Defibrillator sowie Multimedia- und Nachttische sind auf der Liste zu finden.

Ebenfalls gewährt die DG beiden Krankenhäusern einen „Pauschalzuschuss Instandsetzungsarbeiten“ für das Jahr 2022 von insgesamt 1,5 Millionen Euro.

Hierzu meine Fragen:

1. War die Erarbeitung eines gemeinsamen Investitionsplans der Klinik Sankt Josef und des Sankt Nikolaus-Hospital eine Bedingung seitens der Regierung zum Erhalt dieser Zuschüsse, mit dem Ziel, der Förderung einer engeren Kooperation der beiden Häuser?
2. Die Vorlage eines gemeinsamen Investitionsplanes lässt vermuten, dass ebenfalls an einem gemeinsamen medizinischen Konzept beider Häuser gearbeitet wird. Wie ist hier der aktuelle Stand der Dinge?

• **Frage Nr. 969 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zum Investitionsbedarf in die (digitale) Krankenhausinfrastruktur**

Unsere beiden Krankenhäuser haben den Beschluss gefasst gemeinsame Wege zu gehen und haben sich gemeinsam auf die Suche nach einer neuen Direktion gemacht. Nachdem Herr Philippe Felten vergangenen September nach nicht einmal 100 Tagen im Amt aus persönlichen Gründen Letzteres wieder niedergelegte, haben die beiden Häuser den Beschluss gefasst sich nach einem gemeinsamen Führungsteam umzusehen und haben dieses in den Personen von Herrn Martin ROOT und Herrn Gaëtan DUMOULIN gefunden. Ein Duo, das sich – wie man aus dem kürzlichen Bericht des BRF (04.03.2022) entnehmen könnte – perfekt ergänzt und ein gemeinsames Ziel verfolgt, nämlich die Optimierung der Gesundheitsversorgung in Ostbelgien.

Und hier steht Ostbelgien vor großen Herausforderungen. Denn es gilt nicht nur den Personalmangel zu beheben, sondern auch weiterhin in die Krankenhausinfrastruktur zu investieren.

Auch die Digitalisierung ist inzwischen in den Krankenhäusern angekommen. In sämtlichen Abläufen und Prozessen, für die sektorenübergreifende Kommunikation und auch für telemedizinische Anwendungen spielt sie zunehmend eine Rolle. Die schlechte Nachricht ist allerdings, dass wir noch weit von einem Krankenhaus 4.0 in der Fläche entfernt, denn allzu häufig werden Arbeitsabläufe und Prozesse durch IT nur unzureichend unterstützt.

Hier kann die enge Zusammenarbeit zwischen unseren Häusern, sowie dem Netzwerk MOVE Abhilfe schaffen. Denn die Bündelung der Ressourcen ist sicherlich eine sehr gute Sache. Im BRF-Bericht war u.a. die Rede von einem Digitalisierungsprojekt namens IMPACT. Der Schritt zur elektronischen Patientenakte, von der Aufnahme bis hin zur Entlassung und Fakturierung ist wichtig und richtig, allerdings ist er auch mit großen Kosten verbunden.

In der Regierungserklärung von vergangenen September 2021, erklärte die Regierung mehr Verantwortung für die Verwaltung der beiden Krankenhäuser übernehmen zu wollen,

wenn dies sinnvoll und erwünscht sei. Genauso wie sie weiterhin bereit sei, eine größere finanzielle Verantwortung zu übernehmen, wenn die beiden Häuser es wünschen.

Meine Frage an Sie, Herr Minister, lautet in diesem Zusammenhang wie folgt:
Haben Sie nähere Informationen über das Projekt zur Digitalisierung der Krankenhäuser und wie sieht die finanzielle Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Zusammenhang aus?

• **Frage Nr. 970 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema: „Valneva, der ‚echte‘ Totimpfstoff“**

Der Focus titelte am 7.3.22 : Kommt der "echte" Totimpfstoff bald auch zu uns?

Der Corona-Impfstoff von Valneva ist seit einigen Tagen im ersten Land der Welt, im Königreich Bahrain zugelassen. Natürlich handelt es sich auch hier um eine Notfallgenehmigung. Der Titel der "echte" Totimpfstoff war jedoch sehr interessant, wollte man uns vor einigen Wochen doch noch NOVAVAX als Totimpfstoff verkaufen.

Wir von der Vivant-Fraktion werden auch diesen Impfstoff nicht empfehlen, denn auch er verfügt nur über eine bedingte Zulassung und die Langzeitnebenwirkungen sind nicht bekannt, lediglich die Technik weckt mehr Vertrauen.

Wie Mediziner und Stiko-Experte Bogdan betont, lassen sich mit den bisherigen Daten aber keine seltenen Nebenwirkungen ausschließen: „Ungefähr 2000 Menschen haben in der Studie den Valneva-Impfstoff bekommen“, sagte er. "Ich kann auf dieser Basis keine verlässliche Aussage zu Nebenwirkungen machen, die seltener vorkommen als 1 in 100. Das ist statistisch nicht möglich."

"Man kann von einem Impfstoff oder einer Impfstoffart nicht unbedingt auf das Impfreaktionsmuster eines neuen Impfstoffes schließen", so Siegfried Görg vom Institut für Transfusionsmedizin am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein.

Dazu seien die Ausgangsstoffe und die Wirkverstärker in den verschiedenen Vakzine zu unterschiedlich. Genau hier liegt das Problem. Laut Paul-Ehrlich-Institut beinhaltet VLA2001 die Wirkverstärker Aluminiumhydroxid und CpG 1018. Die US-amerikanische Gesundheitsbehörde CDC beschreibt CpG 1018 wie folgt: „CpG 1018 ist ein kürzlich entwickeltes Adjuvans, das im Heplisav-B-Impfstoff verwendet wird. Es besteht aus Cytosin-Phosphoguanin-Motiven (CpG), einer synthetischen Form der DNA, die das genetische Material von Bakterien oder Viren nachahmt. Zugelassen ist zwar der Hepatitis Impfstoff HEPLISAV B, der diesen Wirkstoffverstärker enthält seit dem 20.02.21, trotzdem kann man dadurch nicht auf Impfreaktionsmuster bei VLA2001 schließen.

27 Millionen Dosen könnten laut EU-Kommission in diesem Jahr bestellt werden.

Laut Martin Blachier, französischer Epidemiologe, war Omicron weniger gefährlich als eine Grippe und man hätte die Omikron Welle ohne systematische Tests nicht einmal bemerkt. Er nennt es eine Phantomwelle (Martin Blachier am 3.1.22 auf CNews).

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Welche Anzahl Dosen wird die DG von dem Impfstoff VALNEVA erhalten? Laut ihren Angaben vom 8.9.21 wurden 10.000 Dosen für Belgien bestellt ?
2. Soll der Impfstoff auch als Booster-Impfstoff eingesetzt werden ?
3. Müsste angesichts der Harmlosigkeit von Omikron eine Impfdiskussion nicht langsam obsolet sein, zumal die vorhandenen Impfstoffe nicht halten was sie versprechen und es über diesen neuen Impfstoff keine unabhängigen Studien gibt ?